

Slowenien

Marko Lovec*

Für Slowenien waren die zweite Jahreshälfte 2019 und die erste Jahreshälfte 2020 auch ohne Covid-19-Pandemie turbulent. Im Herbst 2019 stieg der Druck auf die von Marjan Šarec geführte Minderheitsregierung, da verschiedene Affären seine Beliebtheitswerte beeinträchtigten. Trotz informeller Absprachen zwischen der in Regierungsverantwortung stehenden Modernen Zentrumspartei (Stranka Modernega Centra, SMC) und der Oppositionspartei Demokratische Partei Sloweniens (Slovenska demokratska stranka, SDS) des höchst umstrittenen Janez Janša über die Bildung einer alternativen Mitte-Rechts-Koalition gelang der bestehenden Koalition die Verabschiedung des Haushalts. Im Frühjahr 2020 entschied sich Šarec plötzlich zum Rücktritt, um die noch immer relativ hohen Zustimmungswerte seiner Partei LMSŠ (Liste Marjan Šarec) bei einer vorgezogenen Neuwahl zu nutzen und seine eigene Position am Mitte-Links-Rand zu stärken. Allerdings hätte es wohl keinen schlechteren Zeitpunkt für einen Rücktritt geben können, da die Covid-19-Pandemie mehreren Parteien, die die Wahl fürchteten, ungeachtet früherer Aussagen einen Grund gab, in Janšas Koalition einzutreten. Trotz der frühen Wahrnehmung, dass die Regierung effektives Krisenmanagement bewiesen habe, kam in der Öffentlichkeit immer stärker die Meinung auf, dass manche Krisenbewältigungsmaßnahmen mit den wissenschaftlichen Befunden über die Covid-19-Pandemie nicht vereinbar seien. Es mehrten sich Demonstrationen und Vorwürfe, die Regierung nutze die Krise zur Steigerung der eigenen Macht.

Šarec, der mit seiner Partei erst anlässlich der Wahlen 2018 in die nationale Politik eingetreten ist, war überwiegend unerfahren in der Europapolitik und fokussierte sich auf die nationale Politik. Im Herbst 2019 schlug er den ehemaligen Ständigen Vertreter bei der EU Janez Lenarčič, der als Technokrat gilt, als slowenischen EU-Kommissar vor. Lenarčič wurde das Ressort für humanitäre Hilfe und Krisenschutz zugeteilt, was in Slowenien als Zeichen der schwachen Rolle des Landes in der EU aufgefasst wurde. Der Rücktritt von Šarec kam für Slowenien zu einem ungünstigen Zeitpunkt: Erstens platzte er mitten in die Verhandlungen des zukünftigen mehrjährigen Finanzrahmens (MFR), deren Verlauf als nachteilig für das Land gesehen wurden. Zweitens scheiterte eine Klage Sloweniens gegen Kroatien im Grenzstreit um die Bucht von Piran in der Adria aufgrund der kroatischen Nichteinhaltung des Urteilspruchs eines Schiedsgerichts im Jahr 2017 am Gerichtshof der Europäischen Union, der sich für nicht zuständig erklärte.¹ Der neue Regierungschef Janez Janša internationalisierte diesen Konflikt über Medien und Zivilbevölkerung im Stile seines politischen Verbündeten Viktor Orbán. Dennoch brachten die wirtschaftlichen Folgen des Lockdowns sowie der Grenzschließungen im Zuge der Covid-19-Pandemie Janša dazu, für ein stärkeres EU-Krisenmanagement zu werben und konstruktive Beziehungen mit den Nachbarländern voranzutreiben.

* Übersetzt aus dem Englischen von York Albrecht und Jana Schubert.

1 EuGH: Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) vom 31. Januar 2020, ECLI:EU:C:2020:65.

Konservative als Sieger der Unruhen im Mitte-Links-Lager

Die nach der Parlamentswahl 2018 gebildete Minderheitsregierung war von den Stimmen der Linkspartei Levica (wörtlich: die Linke) abhängig. Nach überraschend großer Unterstützung für die Regierung, insbesondere für den Politneuling Marjan Šarec, bis zum Sommer 2019 erschütterten mehrere Affären diese Konstellation. So lösten Hinweise darauf, dass Šarec Kabinett in Verfahren zur Postenbesetzung im Sicherheitsapparat zugunsten eines Vertrauten des Ministerpräsidenten eingegriffen habe, Proteste der Opposition aus. Für Levica bedeutete dies eine Chance, die Duldung der zunehmend unbeliebter gewordenen Minderheitsregierung zu beenden, da sie politische Vorhaben der eigenen Partei nur zögerlich umsetzte.² Zudem waren viele der kleinen Koalitionspartner wütend auf Šarec, da sie sich aus der Koalition gedrängt fühlten, insbesondere nach den gescheiterten Versuchen mehrerer liberaler Parteien (Mitglieder der Fraktion „Renew Europe“ im Europäischen Parlament) eine gemeinsame Liste für die Wahlen zum Europäischen Parlament aufzustellen. Währenddessen kam es zu einer Annäherung zwischen der an der Koalition beteiligten SMC unter ihrem neuen Vorsitzenden Zdenko Počivalšek und der SDS, sodass es Spekulationen über informelle Gespräche zur Bildung einer Mitte-Rechts-Regierung gab, die die LMS aus dem Amt drängen könnte.

Dennoch wäre eine solche Kooperation mit dem polarisierenden Janša und seiner SDS, die Unterstützung vom ungarischen Ministerpräsidenten Orbán erhielt, höchst umstritten gewesen. Schließlich gelang der Regierungskoalition Ende 2019 doch noch die Verabschiedung des Haushalts für die kommenden zwei Jahre trotz knapper Ergebnisse und allerhand Kompromisse mit der Opposition, etwa über die Ernennung der 2014 in Österreich ins Europäische Parlament gewählten Politikerin Angelika Mlinar zur Kohäsionsministerin. Mlinar hält beide Staatsbürgerschaften und hatte bei der Europawahl 2019 in Slowenien kandidiert.³

Šarec Entscheidung zum Rücktritt im Frühjahr 2020 kam für viele überraschend. Um die Abwärtsspirale aus abnehmender Unterstützung und Ineffizienz seiner Minderheitsregierung zu durchbrechen, die seine eigene politische Karriere und die seiner noch nicht vollständig etablierten Partei LMS bedrohte, entschied sich Šarec angesichts relativ hoher öffentlicher Unterstützungswerte zur vorgezogenen Neuwahl, um seine eigene Position gegen Mitte-Links-Konkurrenten zu stärken – obwohl sie die Koalition anführte, verfügte LMS lediglich über 14 von 90 Sitzen im Parlament. Dennoch waren sowohl Koalitions- als auch Oppositionsparteien gegen die Neuwahlen, da sie ihr Scheitern an der 4-Prozentklausel fürchteten. In der Koalition betraf dies neben der SMC die Rentnerpartei (Demokratska stranka upokojencev Slovenije, DeSUS) mit ihrem frisch gewählten neuen Vorsitzenden. Allerdings kam es nicht zu Neuwahlen, da Janša und seine SDS die Bildung einer Mitte-Rechts-Koalition mit SMC, den Christdemokraten von Neues Slowenien (Nova Slovenija – Krščanski demokrati, NSi) sowie DeSUS gelang. Der Ausbruch der Covid-19-Pandemie gestaltete den Machtwechsel reibungslos, da in der Krisenlage die Handlungsfähigkeit der Regierung als dringlicher als Neuwahlen erachtet wurde. Die Krise wurde in der Folge von der sich in der Formation befindlichen Koalition erheblich versichert, insbesondere die SDS stellte die vorherige von Šarec geführte

2 Marko Lovec: Slovenia, in: Nations in Transit report 2020, abrufbar unter: <https://freedomhouse.org/country/slovenia/freedom-world/2019> (letzter Zugriff: 1.7.2020).

3 Lovec: Slovenia, 2020.

Regierung als unverantwortlich und inkompetent im Krisenmanagement dar. Die neue Regierung reagierte schnell, fuhr das öffentliche Leben weitestgehend herunter und setzte Notmaßnahmen ein, die die Ausbreitung des Virus effektiv verhinderten, sodass Janšas Kabinett anfänglich große Beliebtheit genoss. Nach einigen Wochen allerdings nahm die Kritik an einzelnen Maßnahmen zu: Diese seien zu restriktiv, widersprüchen der Beweislage oder hätten insgesamt nichts mit der Pandemie zu tun, sodass wachsende Spannungen und offene Konflikte mit ExpertInnen, JournalistInnen oder der Zivilgesellschaft entstanden.⁴ Gleichzeitig enthüllten Medien, dass mehrere Geschäftsleute mit engen Verbindungen zur Regierung große Profite mit der Beschaffung von medizinischem Gerät durch mangelnde Transparenz in den Ausschreibungen, Bevorteilung einzelner Lieferanten und Ausreizung der staatlichen Notlage gemacht hatten.⁵ Als sich die öffentliche Meinung gegen die neue Regierung wandte und Anfang Mai 2020 angesichts der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Krise Proteste ausbrachen, rückte die Regierung schnell von ihrer Sicherheitsrhetorik ab und beschleunigte Aufschwungsmaßnahmen.

Überraschend sind die Sozialdemokraten (Socialni demokrati, SD), ehemaliger Koalitionspartner von Šarec nach seinem Rücktritt nicht wichtigste Oppositionspartei geworden, weshalb ihr Vorsitzender Dejan Židan im Mai 2020 ebenfalls zurücktrat und durch die Abgeordnete im Europäischen Parlament Tanja Fajon abgelöst wurde. Somit war SD die dritte Koalitionspartei, die ihre Führungsspitze innerhalb eines Jahres auswechselte.

Von der Marginalisierung zu internationaler Neupositionierung

Ein Jahrzehnt gekennzeichnet von politischer Instabilität und dem Aufkommen neuer Parteien ohne europäische Verbindungen führte zunehmend zur Marginalisierung Sloweniens im europäischen und internationalen Kontext. Šarec nominierte 2019 gegen den Willen seiner Koalitionspartner, die eine parteipolitischere Nominierung bevorzugt hätten, den Beamten und Technokraten Janez Lenarčič als EU-Kommissar, der zuvor bereits Ständiger Vertreter des Landes bei der EU gewesen war. Das ihm zugewiesene Ressort für humanitäre Hilfe und Krisenschutz konnte zumindest vor Ausbruch der Covid-19-Pandemie als Zeichen politischer Marginalisierung gewertet werden. In ähnlicher Weise war Šarec im Februar 2020 bei den Beratungen der Staats- und Regierungschefs über den zukünftigen MFR mit innenpolitischen Problemen zu beschäftigt, um den für Slowenien nachteiligen Vorschlag abzuwenden, der starke Einsparungen in der Verteilung von Geldern aus dem Kohäsionsfonds und der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik beinhaltet.⁶ Schließlich kam Šarec Rücktritt nur eine Woche vor der Ablehnung der slowenischen Klage gegen Kroatien vor dem europäischen Gerichtshof, die einen weiteren politischen und diplomatischen Fehlschlag für Slowenien darstellt. Es wirkte, als hätte Slowenien abseits der passiven Abhängigkeit von Deutschland, den pragmatischen Beziehungen zu Russland, China und der Türkei sowie gelegentlichen Staatsbesuchen in Serbien keine nennenswerten Verbündete, sei es in der Region oder weltweit.

Als Šarec Mitte März 2020 entschied, die Grenze zu Italien zu schließen, wurde er dafür von Emmanuel Macron kritisiert. In den folgenden Tagen schlossen alle EU-Mitgliedstaaten ihre Grenzen. Die Grenzsicherungen größerer Nachbarstaaten beeinträchtigt

4 Adelheid Wöfl: Sloweniens neue Regierung: Twitter-Krieg gegen Kritiker, in: Der Standard, 11.4.2020.

5 Television Slovenia: Tarča, 20:00, 24.4.2020.

6 STA: Nov pogajalski predlog za večletni proračun EU za Slovenijo še vedno neustrezen, abrufbar unter: <https://www.sta.si/2729045/nov-pogajalski-predlog-za-vecletni-proracun-eu-za-slovenijo-se-vedno-neustrezen> (letzter Zugriff: 12.6.2020).

ten Slowenien besonders, da die epidemische Lage in Slowenien weitgehend unter Kontrolle war. Die Spannungen zwischen Janez Janšas Partei SDS und den Medien, die ihm persönliche Attacken und Einmischung vorwarfen, erregten schnell die Aufmerksamkeit der EU-Kommissarin für Werte und Transparenz Vera Jourova. Auf die Kritik der sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Tanja Fajon zu seinen Verbindungen zu Viktor Orbán reagierte Janša mit der Frage, wie viel Schutzmasken die EU zur Verfügung stelle. Gleichzeitig lobte er die Unterstützung der Visegrád-Gruppe und betonte, dass es gut sei, in diesen Zeiten Freunde zu haben.⁷ Im weiteren Krisenverlauf befürwortete Janša dann aber die ambitionierten Aufschwungspläne der EU aufgrund der Abhängigkeit Sloweniens als kleine Volkswirtschaft in der Eurozone vom Binnenmarkt und unterstützte auch die Erholung von Nachbarstaaten wie Italien oder Kroatien.

Im späten Frühling 2020 signalisierten mehrere Besuche und Vereinbarungen über Grenzregime Verbesserungen in den Beziehungen mit Nachbarstaaten, inklusive Kroatien, dessen führende Koalitionspartei wie die SDS Mitglied der Europäischen Volkspartei ist. Die Beziehungen zur Europäischen Kommission blieben jedoch durchwachsen, da Janša das Verlangen einer Erklärung über die Entlassung der Spitze des Statistikamtes Sloweniens seitens des Wirtschaftskommissars Paolo Gentiloni als politisch voreingenommen zurückwies. Zur gleichen Zeit schrieb Janša an die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen und bot eine Vereinbarung an, um ein Gerichtsverfahren gegen das Land für die mutmaßliche Verletzung der Unabhängigkeit der slowenischen Zentralbank in der Vergangenheit abzuwenden. Die Regierung setzte zudem eine Kommission zur Vorbereitung der Übernahme der Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union durch Slowenien im zweiten Halbjahr 2021 ein und gab an, einige der Prioritäten Deutschlands und Portugals in der Trio-Ratspräsidentschaft weiterzuverfolgen. Auf globaler Ebene plante Janšas Regierung, sich der Trump-Administration in den USA anzunähern und Vorbehalte gegenüber chinesischen Anbietern zu äußern.

Weiterführende Literatur

Marko Lovec/Ana Bojinović Fenko: Populism in the Foreign Policy of Central European States, in: *Teorija in praksa* 4/2020, S. 1152-1172.

7 European Council on Foreign Relations: European Solidarity tracker: Slovenia, abrufbar unter: https://www.ecfr.eu/article/commentary_european_solidarity_tracker_the_solidarity_that_always_was_the_re (letzter Zugriff: 12.6.2020).